

**Deutscher Bundestag
Ausschuss für Kultur und Medien
19. Wahlperiode**

Deutscher Bundestag
Ausschuss für
Kultur u. Medien
Ausschussdrucksache
19(22)106

24.09.2019

ÄNDERUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Erhard Grundl, Margit Stumpp, Kirsten Kappert-Gonther,
Tabea Rößner und der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN**

**zum Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes über die
Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020
(Haushaltsgesetz 2020)“ (BT-Drucksache 19/11800)**

Einzelplan 04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt

zur Streichung und Sperrung der Mittel für den Wiederaufbau der „**Garnisonkirche
Potsdam**“

Kapitel: 0452 – Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur
und Medien

Titelgruppe: 02 – Kulturförderung im Inland

Titel: 894 21 – 183 Zuschüsse für Investitionen, 2.29
Garnisonkirche, Potsdam

**Ansatz im
Haushaltsentwurf 2020: 18.000 T €.**

Antrag: Die im Titel aufgeführten „verausgabten Mittel bis 2018“ von
12.000 T € sollen gesperrt werden, so dass keine weiteren
Mittel abfließen können, sollten noch Mittel daraus zur
Verfügung stehen. Die im Titel neu eingestellten Mittel für
2020 von **6.000 T € sollen gestrichen** werden.

Begründung:

Wir fordern ein Moratorium für die vorgesehenen 12 Mio. Euro und die zusätzlichen 6
Mio. zu stoppen.

Der bruchlose Wiederaufbau der Garnisonkirche in Potsdam suggeriert eine
historische Kontinuität, die kritisch zu sehen ist. Denn die einstige Hof- und
Militärkirche Preußens wird unter anderem mit dem „Tag von Potsdam“ verbunden, als
sie Schauplatz einer pseudomonarchistischen Inszenierung war, die für die

Machtergreifung der Nationalsozialisten von Bedeutung war. Ein Neubauprojekt muss sich kritisch mit der militärisch geprägten Geschichte der Kirche auseinandersetzen.

Er sollte zum Lernort werden, der die Geschichte kritisch aufarbeitet. Eine historisierende Fassade ist hierfür nicht erforderlich, wohl aber ein Konzept, das eine wissenschaftlich fundierte Geschichtsvermittlung beinhaltet. Nur dann ist gewährleistet, dass die Kirche nicht erneut zum Identifikationsobjekt nationalistischer und rechter Kreise wird.

Zudem sehen wir keine Veranlassung öffentliche Förderung in Millionenhöhe in ein umstrittenes Objekt zu investieren, zumal die Stiftung zugesagt hatte, den Wiederaufbau ausschließlich durch Spendengelder zu finanzieren.

Berlin, den 25. September 2019